A-12 Prüfantrag: Unsere Verbandsstrukturen zukunftssicher machen

Gremium:	Landesvorstände: Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz
Beschlussdatum:	13.06.2025
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge

Antragstext

Der Bundesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Landesvorständen, zu prüfen, wie die GRÜNE JUGEND als Verband strukturell queerfeministischer, inklusiver und antidiskriminierender gestaltet werden kann. Der Bericht soll auf dem Bundeskongress 2025 vorgestellt werden.

Wir als Landesvorstände strukturieren diesen Prüfungsprozess und übernehmen die Verantwortung, dass eine Beteiligung unserer Mitglieder vor Ort ermöglicht wird. Dabei schaffen wir Platz für die unterschiedlichen Bedürfnisse, besonders auch der strukturschwachen Verbände. Der Bundesvorstand übernimmt eine moderierende Rolle.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt und geprüft werden:

1. **Einbindung marginalisierter Gruppen:**
   Wie können FLINTA*, BIPoC, Menschen mit Behinderung,Juden*Jüdinnen, Menschen mit prekärem sozioökonomischem Hintergrund und queere Personen systematisch in Entscheidungsstrukturen eingebunden und gestärkt werden?

2. **Partizipation und Barrierefreiheit:**
   Welche strukturellen, organisatorischen und technischen Voraussetzungen braucht es, um die Teilhabe aller Mitglieder zu ermöglichen – etwa durch hybride Formate, finanzielle Zugänglichkeit, barrierearme Veranstaltungen und niedrigschwellige Beteiligungsangebote?

3. **Verantwortungs- und Machtverteilung:**
   Welche institutionellen Veränderungen – wie z. B. die Einrichtung eines FLINTA*-Rats oder institutionalisierte, regelmäßige Austauschmöglichkeiten der Sprecher*innen bzw. Politischen

Geschäftsführungen – ermöglichen eine gerechtere Verteilung von Verantwortung und
Macht im Verband und stellen sicher, dass diskriminierungssensible Perspektiven verbindlich berücksichtigt werden?

4. **Debattenkultur & Austausch:**
   Wie kann eine Debattenkultur etabliert werden, die auf Empowerment, Respekt und dem Abbau von Dominanzverhalten basiert? Wie sichern wir die basisdemokratische Struktur unseres Verbands, während wir immer weiter wachsen und unserem Anspruch an Professionalität gerecht werden wollen? Wie müssen Räume zwischen den Ebenen ausgestaltet sein, die eine Debatte in diesem Sinne ermöglichen?

5. **Bildung und Sensibilisierung:**
   Welche Fortbildungsangebote sind notwendig, um Amtsträger*innen, Delegierte und Mitglieder im Umgang mit Diskriminierung, Machtstrukturen und privilegierten Verhaltensmustern zu sensibilisieren und weiterzubilden?

Begründung

Die GRÜNE JUGEND versteht sich selbst als queerfeministischer, inklusiver, antirassistischer, antidiskriminierender und basisdemokratischer Verband. Dieser Anspruch muss jedoch strukturell abgesichert und konsequent umgesetzt werden. Diverse aktuelle Debatten im Verband haben deutlich gemacht, dass in vielen Bereichen der Verbandsarbeit diskriminierende Strukturen wirken, Teilhabe erschwert wird und marginalisierte Gruppen häufig unterrepräsentiert bleiben.

1. Strukturelle Diskriminierung erkennen und abbauen:
Ausschlüsse passieren nicht nur durch individuelles Verhalten, sondern sind häufig strukturell verankert – z. B. durch exklusive Redeformate, unausgesprochene Normen oder begrenzte Ressourcen. Diese Ausschlüsse müssen erkannt, benannt und abgebaut werden.

2. Repräsentation schafft Veränderung:
Eine glaubwürdige und wirksame politische Arbeit ist nur möglich, wenn sie die Perspektiven derjenigen einbindet, die von Diskriminierung betroffen sind. Dies erfordert sichere Räume, Repräsentation mit echter Entscheidungsmacht und institutionelle Absicherung dieser Beteiligung.

3. Ausschlüsse führen zu Frustration und Austritt:
FLINTA*-Personen und andere marginalisierte Gruppen berichten regelmäßig, dass sie sich in der GRÜNEN JUGEND nicht ernst genommen oder sicher fühlen. Dies führt nicht nur zu Frustration, sondern auch zu Rückzug und Austritt – mit dem Verlust wertvoller Perspektiven und politischer Stimmen.

4. Queerfeminismus ist nicht nur Inhalt, sondern Struktur:
Queerfeminismus muss sich nicht nur in inhaltlichen Positionen, sondern auch in innerverbandlichen Strukturen und Machtverhältnissen widerspiegeln. Dazu gehört eine Kultur des Empowerments ebenso wie verbindliche Gremien und Verfahren, die diskriminierungskritisch gestaltet sind.

5. Demokratische Legitimität braucht Inklusion:
Eine Organisation, die bestimmte Gruppen systematisch ausschließt oder ihnen keine gleichwertige Stimme gibt, verliert an demokratischer Legitimation. Eine strukturierte Inklusion aller Mitglieder stärkt die politische Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit unseres Verbands.

6. Wir bauen auf vorhandene Debatten auf:
Viele der genannten Ideen – ein FLINTA*-Rat, hybride Beteiligungsformate oder barrierearme Events – sind bereits Teil der laufenden Verbandsdebatten. Es geht nicht darum, diese Themen neu zu erfinden, sondern sie systematisch zu prüfen, zu konkretisieren und erste Umsetzungsschritte zu gehen.

Mit diesem Antrag setzen wir einen strukturellen Reformprozess in Gang, der unsere politischen Ansprüche mit unserer innerverbandlichen Praxis in Einklang bringt – für eine GRÜNE JUGEND, in der alle gehört, gesehen und wirksam sein können und für einen Verband, der sicher für die Zukunft aufgestellt ist.

Solch ein Prozess wird auch vom Bundesvorstand aktuell vorbereitet und soll auf dem Bundeskongress 2025 vorgestellt werden. Der vorliegende Antrag soll eine Richtung aufzeigen, Transparenz schaffen und eine Abstimmung des Prozesses zwischen Bundesvorstand und Landesvorständen sicherstellen.